KÖLN DIENSTAG, 20. JUNI 2006
NUMMER 140

Massenyoga statt Karneval

Auch kuriose Anträge in 20 Jahren Beschwerdeausschuss

von STEFAN VOLBERG

Ernst ist ein Freund von Sandra N. aus Gelsenkirchen, und er leidet so unter den Exzessen, unter Lärm und Dreck des Kölner Karnevals, dass Sandra ihm ein Geschenk machen möchte: Im Beschwerdeausschuss des Stadtrates stellte sie den Antrag, sämtliche karnevalistischen Aktivitäten in Köln sollten eingestellt und stattdessen ein kollektives Massenyoga eingeführt werden. Dieser Anregung kam der Ausschuss in seiner gestrigen Sitzung nicht nach.

Ob der Antrag ernst gemeint war, sei dahingestellt: Manchmal muss sich der Ausschuss, der jetzt seinen 20. Geburtstag feiert, auch mit kuriosen Dingen beschäftigen. Dabei, so Vorsitzender Horst Thelen (Grüne), habe er sich als ein wichtiges Element politischer Kultur etabliert. Rund 2300 Anregungen und 700 Beschwerden sei der Ausschuss als „letzte Instanz" nachgegangen und habe im direkten Kontakt mit Bürgern und Verwaltung „Politik transparent" gemacht.

„Das Ohr am Puls der Zeit"

Als „notwendig und sinnvoll, um mehr Bürgerbeteiligung zu erreichen", lobte Cornelia Schmerbach (SPD) den Ausschuss. Laut Gemeindeordnung, so Hildburg Holländer (CDU), könne jeder Eingaben machen – also auch eine Gelsenkirchenerin in Köln. Als besonders angenehm hat Yvonne Gebauer (FDP) immer empfunden, dass im Beschwerdeausschuss kein Fraktionszwang herrscht. „Wir haben hier das Ohr am Puls der Zeit, wie konkrete Politik beim Bürger ankommt." Die Beschlüsse fallen übrigens zu 80 Prozent einstimmig.

Beherrschendes Thema war der Verkehr (26 Prozent), im Jahr 2004 wegen vieler Eingaben gegen die Bäder-Benutzungsgebühren nur knapp vor dem Sport (25 Prozent). Der Ausschuss beschließt nicht, sondern gibt Empfehlungen an andere Gremien weiter. Immerhin entsprach er in 18 Prozent dem Anliegen des Petenten, in weiteren 53 Prozent zumindest teilweise. Die Entscheidungsgremien folgten zu 70 Prozent dem Ausschuss, so dass die Antragsteller zu etwa 50 Prozent „Recht" bekamen.

Einer, ein „männlicher Feminist", verlangte eine Änderung des angeblich „frauenfeindlichen" Straßennamens „Unter Fettenhennen" – abgelehnt; derselbe Mann verlangte auch die Einrichtung eines Schwanenbeauftragten am Aachener Weiher – negativ entschieden. Ein Bürger schlug uneigennützig vor, Köln möge sich in „Bad Köln" umbenennen, damit die Stadt Kurtaxe erheben könnte. Von der Taubenplage unter Bahnunterführungen bis zur Zweitwohnungssteuer reichen die Themen. Auch persönlicher Einsatz ist gefragt. So regelt in der „Finnensiedlung" in Höhenhaus eine Gestaltungssatzung Anbauten an die denkmalgeschützten Doppelhäuser (85 Quadratmeter). Dort wird der Vorsitzende informellen Kontakt zu einem Mann aufnehmen, der der benachbarten Mutter von zwei Kindern einen Anbau an ihre Doppelhaushälfte nicht gestatten will.

ob-buergerbuero @stadt-koeln.de